POST AUS BERLIN

Julia Obermeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

15. Oktober 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

diese Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der weiterhin äußerst angespannten Flüchtlingskrise. Wir haben das Asylpaket beschlossen – konkret: Ja zu schnelleren Asylverfahren, Abbau von Fehlanreizen und größere Unterstützung für unsere Kommunen! Ein erster großer und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere Maßnahmen, wie die Errichtung von Transitzonen, müssen folgen!

Wir konnten nun auch endlich weitere Staaten des Westbalkans als sichere Herkunftsländer einstufen. Dies wurde in den vergangenen eineinhalb Jahren von den Grünen im Bundesrat blockiert.

Zudem arbeiten wir weiter an der Bekämpfung der Fluchtursachen. Hier müssen wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern vorgehen. Die weltweiten Krisenherde standen auch im Mittelpunkt der Beratungen der parlamentarischen Versammlung der NATO. An dieser nahm ich vergangenes Wochenende im norwegischen Stavanger teil.

Mit besten Grüßen aus Berlin
Ihre

Neues aus dem Netz

Julia Obermeier
9. Oktober um 17:08

Schwer beeindruckt hat mich die InformationsLehrÜbung Landoperationen in Munster - herzlichen Dank an alle Beteiligten!

Julia Obermeier
29. September um 19:06

Heute nahm ich zum ersten Mal als neues Mitglied der deutschen Delegation an der Sitzung des Europarates in Straßburg teil. Wir diskutierten europäische Lösungen für die aktuelle Migrations- und Flüchtlingskrise.

Asylpaket beschlossen!

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Flüchtlingszahlen hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag die umfangreichste Reform des Asylrechts seit den 1990er Jahren beschlossen.

Vorrangiges Ziel des Gesetzes ist es, die Asylverfahren zu beschleunigen sowie die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu erleichtern. Außerdem soll die Integration von Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt verbessert werden. Das Gesetzespaket, das maßgeblich die **Handschrift der Union** trägt, soll bereits zum 1. November 2015 in Kraft treten.

Verfolgten muss geholfen und Asylmissbrauch bekämpft werden

Alle Flüchtlinge haben Anspruch auf menschenwürdige Behandlung und ein faires Asylverfahren. **Der Schutz muss sich aber auf die tatsächlich Verfolgten konzentrieren!** Im Gegenzug müssen Asylbewerber, die nicht schutzbedürftig sind, konsequent zurückgeführt werden.

Mit dem Gesetzespaket werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Asylverfahren effizienter und zügiger durchzuführen. Ein wichtiger Baustein ist die **Einstufung Albaniens, des Kosovos und Montenegros als sichere Herkunftsstaaten.** Die Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern mit einer Anerkennungsquote gegen null können so schneller bearbeitet werden. **Antragsteller aus diesen Ländern sind künftig verpflichtet, bis zum Abschluss des Verfahrens bzw. zu ihrer Ausreise in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu bleiben.** Für sie gibt es keine Integrationsleistungen. Außerdem wird für sie ein Ausbildungs- und Beschäftigungsverbot eingeführt.

Das erfolgreiche bayerische Modell, mit dem wir in Manching und Bamberg begonnen haben, **wird nun auf das ganze Bundesgebiet übertragen.**

Falsche Anreize abbauen

Um **falsche Anreize für illegale Einwanderung abzubauen**, soll zukünftig in Erstaufnahmeeinrichtungen Geld durch **Sachleistungen** ersetzt werden. **Abgelehnte Asylbewerber erhalten Leistungen nur noch bis zum festgesetzten Ausreisetermin**. Abgelehnte Asylbewerber sollen **zügig zurückgeführt** werden. Eine bundesweite Gesundheitskarte wird es nicht geben. Jedes Land muss selbst entscheiden, ob es eine solche Gesundheitskarte einführen will. Bayern hat sich bereits gegen die Einführung entschieden. Außerdem werden die **Regeln im Kampf gegen Schleuser verschärft.**

Mehr Hilfe für Länder und Kommunen

Der Bund stockt die bereits bestehenden Leistungen weiter auf. Für jeden Asylbewerber sollen die Länder 670 Euro pro Monat erhalten. Darüber hinaus beteiligt sich der Bund an den Kosten für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge mit jährlich 350 Millionen. **Der Bund unterstützt Länder und Kommunen** außerdem **beim Neubau von Wohnungen.**

Förderung der Integration

Der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Außerdem soll diese Personengruppe schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt deshalb bereits nach drei Monaten. Außerdem wird der Zugang zu Arbeitsfördermaßnahmen erleichtert.

Das Paket im Überblick:

Die neuen Asylgesetze

Schnellere Ablehnung unberechtigter Anträge, frühere Integration Hilfsbedürftiger

Asylverfahren schnell beenden

- ✓ *Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer*
- ✓ *Verlängerte Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen*
- ✓ *Konsequentere Durchführung von Abschiebungen*

Fehlanreize vermeiden

- ✓ *Sachleistungen statt Geldleistungen in Erstaufnahmestellen*
- ✓ *Beschränken der Taschengeld-Vorauszahlungen*
- ✓ *Leistungskürzungen für abgelehnte Asylbewerber auf Existenzminimum*

Integration stärken

- ✓ *Integration in die deutsche Leitkultur einfordern*
- ✓ *Frühzeitiger Zugang zu Sprachkursen bei guter Bleibeperspektive*
- ✓ *Lockerung des Leiharbeitsverbots für Facharbeiter*

Kommunen entlasten

- ✓ *Zahlung von 670 € monatlich pro Asylbewerber vom Bund an die Kommunen*
- ✓ *Erlaubnis für asylsuchende Ärzte, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu helfen*
- ✓ *Vereinfachen des Baurechts für Errichtung kostengünstiger Unterkünfte*

NATO Stavanger 2015

Auf Einladung der norwegischen NATO PV-Delegation kamen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Bündnisländer vom 9. bis 12. Oktober 2015 in Stavanger zur jährlichen Herbstkonferenz zusammen.

In den Ausschüssen und der Plenarsitzung diskutierten und beschlossen wir Resolutionen zu aktuellen Themen. Ein Schwerpunkt war dabei die Haltung der NATO gegenüber Russlands widerrechtlicher Annexion der Krim und der Beteiligung am bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine.

In den Beschlüssen fordert die Parlamentarische Versammlung die NATO-Mitgliedstaaten auf, an den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland und die Krim festzuhalten, solange Putin seine aggressive Politik fortsetzt. Auch seien weiterhin diplomatische Initiativen zur Lösung des Konfliktes notwendig.

Des Weiteren seien die Mitgliedsstaaten gefordert, auf die Propaganda- und Desinformationskampgen Russlands zu reagieren. So könnten beispielsweise Medieninitiativen u.a. in der Ukraine zur unabhängigen und seriösen Berichterstattung unterstützt werden.

Mehr Infos finden Sie hier: http://bit.ly/1RKhPfZ

Für Recht und Ordnung auf dem Mittelmeer!

„Heute entscheiden kriminelle Schleuser und Menschenhändler, wer nach Europa kommt. Wir wollen das ändern!“

Julia Obermeier MdB sprach im Bundestag zur Ausweitung der europäischen Mittelmeermission EUNAVFOR MED - Operation Sophia.

Karte vom Einsatzgebiet EUNAVFOR MED (Quelle Bundeswehr)

Obermeier beschrieb, wie notwendig das Vorgehen gegen Schleuser ist: ***„Seit Januar 2015 sind 500.000 Flüchtlinge und Migranten mit der Hilfe von Schleuserbanden über das Mittelemeer nach Europa gekommen. Pro Platz auf einem Boot verlangen die Schlepper zwischen 600 und 5.000 Euro. In den vergangenen 15 Jahren haben die Kriminellen so 16 Milliarden Euro eingenommen. Sie betreiben ihr Geschäft ohne Rücksicht auf Verluste. Jene, die auf der Suche nach Frieden, Recht und Wohlstand sind, werden wie Vieh in teils seeuntaugliche Boote geprügelt. Familien werde auseinandergerissen und so manches Kind, das zu laut weint, wird von den Schleppern über Bord geworfen. Dieses Jahr bezahlten 3.000 Menschen ihre Reise nach Europa mit dem Tod.“***

22 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beteiligen sich an der Mission EUNAVFOR MED.

Deutschland ist mit bis zu 950 deutschen Soldatinnen und Soldaten der zweitgrößte Truppensteller. Die Einsatzkräfte werden nicht mehr nur Seenotrettung betreiben.

„In dieser Phase der Mission gehen wir jetzt den nächsten Schritt. Wir werden den kriminellen Schleusern das Handwerk legen! Dazu wollen wir die Netzwerke der Schleuser aufdecken, auf hoher See Boote beschlagnahmen, bevor sie zum Menschenschmuggel oder Menschenhandel verwendet werden, und ertappte Schleuser strafrechtlich belangen“, so Obermeier.

Die gesamte Rede sehen Sie hier: http://bit.ly/1KVW33q

Die Verteidigungspolitikerin betonte das Ziel des Einsatzes: ***„Wir wollen in einer gemeinsamen Militärmission für Recht und Ordnung auf dem Mittelmeer sorgen.“***

Seit Beginn der Beteiligung deutscher Schiffe an der Seenotrettung Mittelmeer am 7. Mai retteten deutsche Marinesoldaten 8.829 Menschen, darunter 584 Kinder, aus Seenot. (Stand 13. Oktober 2015) Dies bleibt weiterhin Aufgabe im Rahmen der Mission EUNAVFOR MED.

Bayern zu Besuch in Berlin

Eine große Gruppe aus Bayern war für vier Tage, auf Einladung von Julia Obermeier, zu Gast in der Bundeshauptstadt Berlin.

Auf dem Programm standen, neben dem Besuch im Bundeskanzleramt und dem Deutschen Bundestag, eine Stadtrundfahrt und eine Besichtigung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Einen ganz besonderen Rahmen für die Besuchergruppe bot das Lichterfest „BERLIN leuchtet“. Historische und markante neue Bauwerke Berlins wurden mit Lichtspielen eindrucksvoll illuminiert.

Die Besuchergruppe zusammen mit Julia Obermeier MdB auf der Dachterrasse des Reichstages.

Deutsche Verteidigungspolitik in neuer Verantwortung

Julia Obermeier zu Gast beim ASP Nürnberg

Bei ihrem Besuch in Nürnberg fand die Münchner Verteidigungspolitikerin Julia Obermeier deutliche Worte: ***„Wir müssen die schützen, die uns schützen“***, und brach damit eine Lanze für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und sprach sich für eine bessere Ausstattung unserer Armee aus. ***„Als ich 2013 in den Bundestag kam, war keine Rede von IS-Terror oder von der Ukraine-Krise. Das sind heute aber unsere vordringlichsten Felder.“***

Auch stellte sie klar, welche Bedeutung die Rüstungsindustrie für die Zivilgesellschaft habe: ***„Jeder Euro, den wir hier investieren, kommt zwanzigfach zurück. Die Entwicklung des Airbags geht beispielsweise auf eine Innovation der Wehrtechnik zurück, nützt heute aber vor allem im zivilen Bereich.“***

Obermeier erklärte die Bemühungen, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitsgeber zu gestalten.

„Wir haben hier vor allem das demografische Problem, das auf uns zukommt. Und wir haben die Wehrpflicht nicht mehr. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir die besten Köpfe auch für die Bundeswehr bekommen.“

Die Krisenherde in der Welt machen nötig, dass mehr Geld für das Verteidigungsressort bereitgestellt werde.

Eindrücke von der itsa 2015

Die IT-Security Messe und Kongress
The IT Security Expo and Congress

Herzliche Einladung zu

Politik&Prosecco

Der Kreisverband der Frauen Union München West lädt alle interessierten Damen und auch Herren zu „Politik&Prosecco“ ein.

Kommen Sie ganz ungezwungen mit den Mandatsträgerinnen aus Bund, Land, Bezirk und Stadt München, am Mittwoch, 21. Oktober ab 18.00 Uhr, ins Gespräch.

Zur Begrüßung erhalten Sie von der Bundestagsabgeordneten Julia Obermeier ein Gläschen Prosecco.

„Es wäre mir einen große Freude Sie im Confetti in Pasing begrüßen zu dürfen!“

Gerne heiße ich Sie in meinem Bürgerbüro willkommen:

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:
www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:
@Julia_Obermeier

Auf Facebook:
Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:
julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

16./17.10.2015	**Landesversammlung der Frauen-Union** in Coburg
19.10.2015 – 19.00 Uhr	**"2040 - unser München der Zukunft"**, Funktions- und Mandatsträgerkonferenz der CSU München
21.10.2015 – 18.00 Uhr	**Politik&Prosecco**, Confetti Bar/Café in Pasing, Bodenseestraße 1, 81241 München

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin